

«Menschenrechtsrat muss unabhängige Richtung beibehalten»

Rede von Bruno Rodriguez Parrilla, Aussenminister der Republik Kuba, vor dem Menschenrechtsrat in Genf am 3. März 2010

Herr Präsident

Es brauchte 60 Millionen Tote während des Zweiten Weltkrieges, um das Konzept der Menschenrechte zu entwickeln, insbesondere das Recht auf Leben und die Menschenwürde. Bei der Entwicklung des Konzeptes der Menschenrechte sind grosse Fortschritte gemacht worden, sehr wenig getan wurde für die Garantie seiner Umsetzung. Die Angelegenheit ist einer der tragenden Grundsätze der Vereinten Nationen geworden, genauso wie internationale Entwicklung, Frieden und Sicherheit. Es ist allerdings ein Bereich, in dem ideologische Manipulation, politische Heuchelei und Doppelstandards der industrialisierten Länder die verheerendsten Auswirkungen hatten.

Jene, die sich die Rolle des Wächters der Menschenrechte anheischig gemacht haben und versuchen, andere zu hinterfragen, sind genau diejenigen, die für die schwersten, systematischsten und flagrantesten Verletzungen der Menschenrechte, vor allem des Rechtes auf Leben, unmittelbar verantwortlich sind.

Sie waren diejenigen, die das Kolonialsystem federführend betrieben, das den Ländern des Südens aufgezwungen wurde, um sie zu plündern, und sie dazu verdammt, in Unterentwicklung zu leben. Sie sind diejenigen, welche die Verantwortung für die gegenwärtige internationale Wirtschaftsordnung tragen, das unhörbar Dutzende von Millionen Menschen mordet, die Opfer von Hunger, Armut und verhütbarer und heilbarer Krankheiten werden. Sie sind diejenigen, welche die modernen Eroberungskriege aufzwingen, die Millionen töten – zumeist Zivilpersonen, die sie unglaublicherweise als «Kollateralschäden» bezeichnen.

Sie sind auch die Nutzniesser von single thought, exklusiver Modelle und Werte, von Medienkriegführung, der Schaffung immanenter Wahrheiten, der Subkultur kommerzieller Werbung, der Auferlegung konditionierter Reflexe, der betrügerischen, fügsamen, die Leute zum Narren haltenden «eingebetteten» Presse, welche Massaker rechtfertigt und verschleiert.

Die USA und ihre europäischen Alliierten nahmen zur Manipulation des Terrorismus Zuflucht, um die Kriege vom Zaun zu brechen, deren Ziel die Kontrolle und Eroberung der Energieressourcen im Irak und in Afghanistan war, die den Tribut von zwei Millionen Menschenleben forderten und auch der Rechtfertigung von unfreiwilligem Verschwinden, Folter, geheimer Übergabe (secret rendition) und Geheimgefängnissen diente, in denen keine Beachtung des Humanitären Völkerrechtes oder der Verfassung des Individuums existiert. Er war der Vorwand für die Annahme von Gesetzen wie dem «Patriot Act», dessen Vollzug von der US-Regierung erst kürzlich ausgeweitet wurde und der auf die Freiheiten und Garantien übergreift, welche die Bürgerrechtsbewegung nach mehreren Jahrhunderten des Kampfes erobert hatte.

Wer wird die Verantwortung übernehmen für die brutalen Taten, die in Abu Ghraib, in Bagram, Guantanamo und andern Zentren der Folter und des Todes verübt wurden? Wann werden die Verantwortlichen vor Gericht gestellt und wird der Straflosigkeit ein Ende gesetzt?

Wer wird in den europäischen Ländern die Verantwortung für die geheimen Übergaben, die Geheimgefängnisse auf diesen Territorien und ihre Beteiligung an Akten der Folter übernehmen?

Heute morgen hat der stellvertretende Aussenminister von Schweden eine seltsame und arrogante Rede gehalten, die kritische Beurteilungen über neun Länder enthielt. Er sagte aber kein Wort über die Komplizenschaft der schwedischen Regierung bei geheimen Übergaben, bei denen in seinem Land eine Zwischenlandung beim Transport entführter Personen stattfand. Wir hoffen, dass die hinausgezögerte Untersuchung eines Tages zu einem Schluss kommen und er sich herbeilassen wird, die Ergebnisse mit diesem Rat auszutauschen.

Was in Palästina seit Jahren geschieht, ist ein eigentlicher Genozid. Als Folge unterschiedsloser militärischer Attacken, der strengen Belagerung und Blockaden, die ihnen die lebenswichtigsten Mittel für den Lebensunterhalt vorenthalten, haben Tausende von Palästinensern ihr Leben verloren.

Die Militärdiktaturen in Lateinamerika, von den USA eingesetzt und während Jahrzehnten unterstützt, haben Hunderttausende von Menschen umgebracht. Allein in Kuba haben sie zum Tod von 20 000 Menschen geführt.

Das Recht auf Leben wird auf der ganzen Welt ständig verletzt. Die blosse Existenz der menschlichen Art wird durch den Klimawandel gefährdet. Diejenigen, die historisch und auch heute dafür verantwortlich sind, sind die gleichen wie diejenigen, welche die Eroberungskriege entfesseln und führen. Das beschämende Treffen von Kopenhagen mit all seinen falschen und ausschliesslichen Praktiken war ein Akt gegen das Recht der Menschheit auf Leben und Überleben.

Herr Präsident,

während eines halben Jahrhunderts war Kuba Opfer von US-Aggressionen und terroristischen Akten. Fünftausendfünfhundertundsiebenundsiebzig (5577) Kubaner haben entweder ihr Leben verloren oder wurden verstümmelt.

Die Täter der Sprengung eines Passagierflugzeuges der Cubana de Aviación mitten im Flug geniessen Straflosigkeit und werden von der US-Regierung geschützt. Eine Dengue-Fieber-Epidemie, verursacht durch eine bakteriologischen Attacke, führte zum Tod von 101 kubanischen Kindern. Eine der diversen Bomben, die 1997 nach Havanna eingeschleust wurden, töteten einen italienischen Jugendlichen.

Der sogenannte Cuban Adjustment Act und die «wet foot/dry foot»-Politik [wonach kubanische Bootsflüchtlinge, die US-Festland erreichen, dort Asyl erhalten, während solche, die auf dem Meer aufgegriffen werden, zurück nach Kuba geschickt werden] unterstützen illegale Migration und fordern ihren Tribut an Menschenleben.

Die gegen Kuba verhängte Blockade im Bereich von Wirtschaft, Handel und Finanzen ist ein Akt von Genozid, wie er in den Absätzen b) und c) von Artikel II der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes definiert ist, und sie ist eine massive, flagrante und systematische Verletzung der Menschenrechte.

Die US-Politik gegen Kuba, welche die Regierung von Präsident Obama unverändert weiterführt, fordert ihren Tribut an Leben der Kubaner.

Eine neue Eskalation der Subversion mit breiter Medienberichterstattung ist gegen Kuba lanciert worden. In keinerlei Hinsicht wurde dabei irgendein Respekt ethischer Prinzipien an den Tag gelegt. Man versuchte, die Söldlinge als Patrioten und die von den USA bezahlten Agenten in Kuba als Dissidenten darzustellen.

Die einflussreiche Maschinerie des Imperiums zögerte nicht, einen straffälligen Gefängnisinsassen, der vom Gericht in einem ordentlichen Gerichtsverfahren für ein gewöhnliches Verbrechen verurteilt worden war – und später im Gefängnis angeworben wurde – als Kämpfer

für Menschenrechte erscheinen zu lassen. Um zweifelhafter politischer Gewinne willen wurde er in den Tod gestossen, trotz der ihm angebotenen medizinischen Hilfe. Es war ein bedauerndes Ereignis, wie Präsident Raul Castro sich ausdrückte. Er war ein weiteres Opfer der subversiven Politik der Vereinigten Staaten gegen Kuba.

Seit dem Triumph der kubanischen Revolution im Jahre 1959 hat es in Kuba nicht einen einzigen Fall von Ermordung, Folter oder aussergerichtlicher Exekution gegeben, es gab keine «Todesschwadronen» und keine «Operation Condor». Was den Schutz des Rechtes auf Leben betrifft, so ist Kubas Weste lobenswert und einwandfrei, wozu auch seine altruistische Zusammenarbeit über seine Grenzen hinaus gehört.

Herr Präsident,

ich hätte mir gewünscht, auf konkrete Aspekte in Zusammenhang mit der ernsthaften Arbeit, welche dieser Rat verrichtet, Bezug zu nehmen, ich hätte gerne den Bericht dieser Instanz, der nächstes Jahr angesetzt ist, angesprochen, um die Versuche zu verurteilen, ihn zu unterdrücken, seine Zusammensetzung und seine Vorgehensweisen zu modifizieren, um dem Rat gewisse politische Interessen aufzuzwingen. Ich hätte gewünscht, die Universelle periodische Überprüfung anzusprechen, der sich trotz seiner Unvollkommenheiten und dem Mangel an Selbstkritik auf seiten der Mächtigen, die erschienen sind, als sinnvolle Aufgabe erwiesen hat, gerne hätte ich den Rat verteidigt und dargelegt, warum es so wichtig ist, ihn frei von Politisierung, Diskriminierung, Selektivität und Doppelstandards zu erhalten.

Ich kann Ihnen versichern, dass Kuba seinen Einsatz und seine Entschlossenheit weiterhin einbringt, so dass der Menschenrechtsrat seine unabhängige Richtung beibehalten kann und die Kooperation als wahrer Weg zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in der Welt gefestigt wird.

Im Namen des heldenhaften und edlen Volkes von Kuba möchte ich erklären, dass es keine Kampagne gibt, die uns von unseren Ideen der Unabhängigkeit und Freiheit abbringen könnte. Vielen Dank.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Nr.10 vom 8.3.2010 © 2006 Genossenschaft Zeit-Fragen